

November 2023



Liebe Lesenden,
liebe Leser,

anspannen, konzentrieren, das Ziel fokussieren, loslassen - was verbinden Sie mit diesen Verben? Hier geht es um die Kunst des entschleunigenden Bogensports. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass diese Aktivität Ruhe, Aufmerksamkeit und Konzentration erfordert. Alle Gedanken verfolgen das Ziel, die Mitte zu treffen. Dadurch wird in einer Zeit der Schnelllebigkeit und der – im wahrsten Sinne des Wortes - unfassbar vielen, auf uns einströmenden Reize ein gesundes Abschalten bewirkt. Positive Nebenwirkungen sind der Abbau von Stress, die bewusste Atmung, die Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und einfach mehr Gelassenheit.

Ganz sicher nicht zufällig wird der Bogensport auch in der Wirtschaft, nämlich beim Coaching in und für Unternehmen eingesetzt. Er macht zutreffend deutlich, wie wichtig gerade auch in diesen Zeiten das innere Gleichgewicht und die Klärung des eigenen Stand-Punktes ist. Dieser Sport versinnbildlicht, dass sowohl die innere als auch die äußere Haltung immer die eigenen Entscheidungen und die (Arbeits-)Ergebnisse mitbestimmen. Der friedliche Umgang mit Pfeil und Bogen trainiert in einem sehr komplexen Handlungsablauf die eigene Selbstwahrnehmung – ein wahrhaftiger und manchmal auch kompromissloser Spiegel. So bekommt jeder einen bewussten Zugriff auf die eigene Selbstkontrolle und die aktive Selbststeuerung. Dies ist grundlegend und zielführend für aktives Gestalten und konstruktives Führungsverhalten.

Die österreichische Schriftstellerin Katharina Eisenlöffel bringt es auf den Punkt:

„An der Haltung erkennst Du die Stärke eines Menschen.“

In diesem Sinne bleibt mir nur noch zu sagen: Finden Sie Ihren Stand-Punkt und treffen Sie ins Schwarze bzw. auf der Bogenscheibe ins Gelbe!

Mit besten Grüßen

Übersicht

Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschafts rechts („MoPeG“) zum 01.01.2024	3
Steuerliche Berücksichtigung bei Unterstützung bedürftiger Personen	5
Elektronische Rechnung wird Pflicht im B2B-Bereich	7
Neuregelungen für Homeoffice und Arbeitszimmer – Steuerliche Erleichterungen im Überblick	7
Wachstumschancengesetz – Neuerungen im Regierungsentwurf	8
Kindergeld bei Studium außerhalb Europas	8
Erhöhung der Schwellenwerte für Unternehmensgrößenklassen geplant	9
Ermäßigter Steuersatz in der Gastronomie wird nicht verlängert	10
Umsatzsteuer für Gas und Fernwärme	10
Nichtbeanstandungsregelung bei Betrieb kleiner Photovoltaikanlagen	10
Flugannullierung – Recht auf zeitlich flexible Umbuchung	10
Eigene Informationspflicht des Reisenden über typische Wetterbedingungen	11
Verkehrssicherung bei erkennbaren Unebenheiten im Außenbereich der Terrasse einer Gaststätte	11
Umkleide-, Reinigungs- und Wegezeiten als Arbeitszeit	12
Kündigung wegen privatem Tanken – Verstoß gegen Dienstwagenrichtlinie	12
Stellung eines Nachmieters – trotzdem kein Recht auf vorzeitige Mietvertragskündigung	13
Untervermietung einer Einzimmerwohnung	13
Vergütung für Nutzung gemeinsamer Immobilie während Trennung	13
Kein Verlust der Testierfähigkeit bei Parkinsonerkrankung	14
Kurz berichtet	14

Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts („MoPeG“) zum 01.01.2024

PARTNER-BEITRAG VON MELANIE MÜLLER-EBERSTEIN –

Von den wesentlichen Änderungen im BGB und HGB, die am 01.01.2024 in Kraft treten, sind die Personengesellschaften, wie z.B. die GbR und die KG, betroffen.

I. GbR

1. Rechtsnatur der GbR

Die Rechtsfähigkeit der GbR wird gesetzlich normiert, ist jedoch nicht zwingend. Die Gesellschafter können die GbR auch als „nicht rechtsfähige Gesellschaft“, die nicht am Rechtsverkehr teilnimmt, sondern ihre internen Rechtsverhältnisse ausgestaltet, errichten (sog. Innengesellschaft, z.B. Erbgemeinschaften). Handelt es sich um eine unternehmensbezogene GbR wird das Vorliegen einer rechtsfähigen GbR vermutet.

2. Anfechtung von Beschlüssen bei der GbR

Da für die GbR weiterhin im Gesetz keine formellen Anfechtungsregeln für Gesellschafterbeschlüsse geregelt werden, sollten diese im Gesellschaftsvertrag vereinbart werden.

3. Eintragung der GbR im Gesellschaftsregister – u.a. im Grundstücksverkehr verpflichtend – und im Transparenzregister

Rechtsfähige GbR können sich zukünftig in ein neu geschaffenes Gesellschaftsregister eintragen lassen. Die Eintragungen genießen einen ähnlichen Gutgläubensschutz wie Eintragungen im Handelsregister (z.B. Gesellschafterbestand). Die GbR ist im Falle einer Eintragung verpflichtet einen entsprechenden Namenszusatz zu tragen, nämlich „eingetragene GbR“ oder „eGbR“.

Unter anderem im Grundstücksverkehr ist die Eintragung der GbR verpflichtend, denn nur die eGbR darf als GbR als Eigentümerin in das Grundbuch eingetragen werden. Zudem ist die eGbR verpflichtet, die gemäß Gesetz notwendigen Angaben im Transparenzregister vorzunehmen.

4. Sitz, Registrierung der rechtsfähigen GbR, der OHG und der KG

Sitz der GbR ist der Ort, an dem sie tatsächlich ihre Geschäfte führt (Verwaltungssitz). Eine eGbR kann jedoch - wie bei juristischen Personen - einen vom inländischen Vertragssitz abweichenden inländischen oder – vorbehaltlich der Anerkennung im Zuzugsstaat - ausländischen Verwaltungssitz haben.

Dies gilt auch für die OHG und die KG. Der Verwaltungssitz der Komplementärgesellschaft der GmbH & Co. KG darf zukünftig im Ausland liegen.

5. Statuswechsel

Wird die eGbR aufgrund des Umfangs ihrer Geschäftstätigkeit zur OHG, kann sie auf Antrag vom Gesellschafts- in das Handelsregister umgetragen werden (sog. Statuswechsel). Ein Wechsel in die umgekehrte Richtung, also von der OHG in die eGbR, ist ebenfalls möglich. Zudem kann eine eGbR in eine Partnerschaftsgesellschaft geändert werden. Die eGbR wird umwandlungsfähig.

6. Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse in Personengesellschaften richtet sich zukünftig nach den Beiträgen und nicht mehr nach Köpfen. Eine Übertragung eines Gesellschafters durch einen Gesellschafter bedarf der Zustimmung der anderen Gesellschafter.

7. Gesellschaftsvermögen

Die rechtsfähige GbR wird zukünftig selber zur Vermögensträgerin, d.h. Rechte und Verpflichtungen stellen das Vermögen der rechtsfähigen GbR dar. Das Gesamthandsprinzip wird abgeschafft. Eine Zwangsvollstreckung gegen die GbR findet in das Vermögen der Gesellschaft und nicht in das Vermögen der Gesellschafter statt. Die persönliche, gesamtschuldnerische und unbeschränkte Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der GbR bleibt wirtschaftlich bestehen.

8. Ausscheiden eines Gesellschafters

Verschiedene Gründe, die bisher zur Auflösung der GbR geführt haben (z.B. der Tod oder die Insolvenz eines Gesellschafters), führen nur noch zum Ausscheiden des Gesellschafters aus der GbR. Der ausgeschiedene Gesellschafter haftet für Schadensersatzansprüche nur noch dann, wenn die Pflichtverletzung vor seinem Ausscheiden eingetreten ist. Die GbR hat dem ausgeschiedenen Gesellschafter, wenn vertraglich nichts anderes vereinbart wurde, eine dem Wert seines Anteils angemessene Abfindung zu zahlen.

II. Personenhandelsgesellschaften (OHG, KG)

Auch Regeln im HGB wurden mit Wirkung zum 01.01.2024 geändert. Freiberuflern stehen zukünftig die OHG, die KG und die GmbH & Co. KG als Rechtsform zur Verfügung - vorausgesetzt das jeweilige Berufsrecht lässt diese Rechtsform zu. Die Rechtsform der GmbH & Co. KG bietet Freiberuflern gegenüber der Rechtsform der Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung eine weiterreichende Haftungsbegrenzung.

2. Einheitsgesellschaft

Die sog. Einheitsgesellschaft, bei der die KG zugleich alleinige Gesellschafterin ihres Komplementärs ist, wird ab dem 01.01.2024 gesetzlich anerkannt. Die der KG zustehenden Gesellschafterrechte in der Gesellschafterversammlung der Komplementärgesellschaft werden durch die Kommanditisten wahrgenommen.

3. Gewinnermittlung und -verteilung

Die Vorschriften zur Gewinnermittlung und Gewinnverteilung werden neu gefasst, d.h. es wird für die Gewinnauszahlung vom Prinzip der Vollausschüttung ausgegangen. Folglich ist gesellschaftsvertraglich zu regeln, dass eine hinreichende Gewinnthesaurierung und Rücklagenbildung zu erfolgen hat.

Die Stimmkraft und die Anteile am Gewinn- und Verlust wird sich, anders als bisher, nach den vereinbarten Beteiligungsverhältnissen richten.

Gewinnunabhängige Entnahmen werden als unzulässig anzusehen, falls dies nicht im Gesellschaftsvertrag abweichend geregelt wurde.

Es ist nicht erforderlich, dass der Gesellschafter seinen anteiligen Gewinnanspruch bis zur Feststellung des Jahresabschlusses für das folgende Geschäftsjahr geltend macht.

4. Gesellschafterbeschlüsse

Es empfiehlt sich, das Verfahren zur Fassung eines Gesellschafterbeschlusses im Gesellschaftsvertrag detailliert zu regeln, um sicherzustellen, wann ein anfechtbarer Gesellschafterbeschluss existiert.

III. Sonstiges

Den Gesellschaftern bleibt es auch weiterhin erlaubt, von einem Großteil der gesetzlichen Vorgaben durch entsprechende Vereinbarungen im Gesellschaftsvertrag abzuweichen.

IV. Empfehlung

Es sollten zeitnah insbesondere in den folgenden Fällen die relevanten Maßnahmen eingeleitet werden:

- Überarbeitung der Gesellschaftsverträge der GbR, OHG und KG vor dem 31.12.2023, soweit vertragliche Abweichungen von der künftigen Rechtslage gewünscht sind. Bei bestehenden Gesellschaftsverträgen sollte geprüft werden, ob Lücken vorhanden sind, die durch das zukünftige Recht ausgefüllt werden. Falls dies der Fall sein sollte, ist zu prüfen, ob im Gesellschaftsvertrag von der zukünftigen gesetzlichen Rechtslage abgewichen werden soll (soweit dies zulässig ist)?
- Sämtliche Register, bei denen registrierte Rechte der GbR (z.B. Grundstücksrechte) eingetragen sind, sollten bis zum 31.12.2023 berichtigt werden.
- Falls zukünftig die Registrierung eines Teils der Rechtsbeziehungen gewünscht/notwendig ist und ein anderer Teil nicht offengelegt werden soll, ist die GbR ggf. bis zum 31.12.2023 umzustrukturieren.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass das MoPeG teils zu steuerlichen Auswirkungen führt, die hier nicht näher dargelegt werden.

Steuerliche Berücksichtigung bei Unterstützung bedürftiger Personen

BEITRAG VON MELANIE WINTERBOER –

Zahlung von Unterhalt kann sich für beide Seiten lohnen. Für den Empfänger handelt es sich um steuerfreie Einnahmen, der Unterstützer kann diese Zahlungen unter Umständen steuerlich als außergewöhnliche Belastung absetzen.

Außergewöhnliche Belastungen stellen Kosten der privaten Lebensführung dar. Gem. § 33 Abs. 1 Einkommensteuergesetz (EStG) werden diese wie folgt definiert:

"Erwachsen einem Steuerpflichtigen zwangsläufig größere Aufwendungen als der überwiegenden Mehrzahl der Steuerpflichtigen gleicher Einkommensverhältnisse, gleicher Vermögensverhältnisse und gleichen Familienstands (außergewöhnliche Belastung), so wird auf Antrag die Einkommensteuer dadurch ermäßigt, dass der Teil der Aufwendungen, der die dem Steuerpflichtigen zumutbare Belastung (Absatz 3) übersteigt, vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen wird."

Oft wird mit den allgemein bekannteren außergewöhnlichen Belastungen wie zum Beispiel Aufwendungen für eine Brille, Physiotherapie oder Zahnersatz die zumutbare

Belastung nicht überschritten, sodass diese sich nicht auswirken. Anders ist dies bei Unterhaltsleistungen: Hier gilt die zumutbare Belastung nicht! Somit sind diese Leistungen ab dem ersten Euro steuerlich abzugsfähig und wirken sich unmittelbar steuerlich aus.

Der Begriff der nahen Angehörigen, somit der Unterhaltsempfänger, ist geknüpft an die gesetzlich unterhaltsberechtigten Personen. Folglich wirken sich die Unterhaltszahlungen nur dann aus, wenn die unterhaltene Person gesetzlich unterhaltsberechtigt ist. Gesetzlich unterhaltsberechtigt sind Personen, die außerstande sind, sich selbst zu unterhalten. Folgende Personen kommen zum Beispiel als Unterhaltsempfänger in Betracht: Eltern, Kinder (für die kein Anspruch auf Kindergeld oder Kinderfreibeträge im Sinne des § 32 Abs. 6 EStG besteht), Partner in eheähnlicher Gemeinschaft. Möglich ist hierbei auch, dass der Unterhaltsempfänger im Ausland lebt.

Der jährliche Höchstbetrag der Unterhaltsleistung entspricht dem jährlichen Grundfreibetrag (2023: 10.908,00 EUR) und erhöht sich um die Beiträge für Basiskranken- und Pflegepflichtversicherung der unterstützten Person soweit diese solche entrichtet. Beahlt der Unterstützer die Beiträge, sind diese bei ihm als Sonderausgaben zu berücksichtigen.

Die Zahlung kann in Geld- oder Sachleistungen erfolgen und ist gegenüber dem Finanzamt glaubhaft zu machen. Wohnt die unterstützte Person im selben Haushalt, ist kein Nachweis über geleistete Zahlungen notwendig. Hier ist davon auszugehen, dass durch Gewährung von Unterkunft und Lebenshaltungskosten der Höchstbetrag ausgeschöpft wurde.

Besteht die Unterhaltsberechtigung nicht im gesamten Kalenderjahr ist der Höchstbetrag zu zwölfteln.

Ebenfalls ist der Höchstbetrag um eigene, auch steuerfreie, Einkünfte der unterstützten Person zu kürzen, soweit diese 624,00 EUR übersteigen. Daneben darf diese Person nur über ein geringes Vermögen verfügen. Als geringes Vermögen sieht die Finanzverwaltung aktuell eine Grenze von 15.500,00 EUR an. Dieser Wert wurde allerdings seit 1975 nicht angehoben und befindet sich aktuell beim Bundesfinanzhof auf dem Prüfstand (Aktenzeichen BFH VI R 21/2). Nicht bei der Ermittlung des eigenen Vermögens zu berücksichtigen sind Vermögensgegenstände mit besonderem persönlichem Wert, Hausrat und ein Hausgrundstück, welches der Unterhaltsempfänger selbst bewohnt.

Lebt die unterstützte Person im Ausland, muss diese nach inländischem Recht unterhaltsberechtigt sein. Hier hat der Unterstützer erhöhte Beweislasten zu erfüllen. Nachweise sind grundsätzlich durch eine ansässige Heimatbehörde im Ausland zu bestätigen. Der Höchstbetrag der Unterhaltsleistungen ist hier ggf. zu reduzieren (um 25, 50 oder 75%), wenn sich die unterstützte Person in einer anderen Ländergruppe als Deutschland befindet.

Sollten Sie weitere Fragen zu diesem Thema haben, kommen Sie gerne auf uns zu!

Elektronische Rechnung wird Pflicht im B2B-Bereich

Die elektronische Rechnung im B2B-Sektor (Geschäftsbeziehungen zwischen zwei oder mehr Unternehmen) soll ab dem 01.01.2025 Pflicht werden, sofern der leistende Unternehmer und der Leistungsempfänger im Inland ansässig sind.

Regelungen dazu finden sich im aktuellen Gesetzesentwurf des Wachstumschancengesetzes. Ab dem 01.01.2025 wird eine E-Rechnung definiert als Rechnung, die in einem strukturierten elektronischen Format ausgestellt, übermittelt und empfangen wird und eine elektronische Verarbeitung ermöglicht. Sie muss der europäischen Norm für die elektronische Rechnungsstellung (Norm EN16931) und der Liste der entsprechenden Syntaxen gemäß der Richtlinie 2014/55/EU entsprechen.

Beispiele für Formate, die diesen Anforderungen entsprechen, sind die XRechnung und das hybride ZUGFeRD-Format, welches eine Kombination aus PDF-Dokument und XML-Datei darstellt. Durch die Definitionsänderung gilt eine einfache PDF-Rechnung, die per Mail versendet wurde, ab dem 01.01.2025 nicht mehr als elektronische Rechnung.

Aufgrund des hohen Umsetzungsaufwands für die deutsche Wirtschaft sieht der Gesetzgeber Übergangsregelungen für die Jahre 2025 bis 2027 vor. Bis Ende 2025 dürfen B2B-Umsätze aus 2025 weiterhin als Papierrechnung übermittelt werden, sowie elektronische Rechnungen nach alter Definition mit Zustimmung des Rechnungsempfängers. Im Zeitraum 2026 bleiben die Regelungen gleich, mit der zusätzlichen Voraussetzung, dass der Rechnungssteller einen maximalen Vorjahresumsatz von 800.000,00 EUR erwirtschaftet hat.

Ab 2027 werden Papierrechnungen grundsätzlich unzulässig. Ab 2028 sind dann ausschließlich Rechnungen, die den neuen gesetzlichen Regelungen entsprechen, erlaubt. Aufgrund des hohen Umsetzungsaufwandes empfiehlt sich eine zeitnahe Implementierung der nötigen Umstrukturierungen.

Neuregelungen für Homeoffice und Arbeitszimmer – Steuerliche Erleichterungen im Überblick

Das Bundesministerium der Finanzen hat aktualisierte Verwaltungsvorgabe für die Steuerregeln rund um das häusliche Arbeitszimmer und die Homeoffice-Pauschale veröffentlicht.

Wenn der Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit im häuslichen Arbeitszimmer liegt, kann nun statt der tatsächlich entstandenen Kosten alternativ eine Jahrespauschale von 1.260,00 EUR ohne gesonderten Nachweis steuermindernd geltend gemacht werden. Die Pauschale kann auch anteilig für jeden Kalendermonat geltend gemacht werden, in dem die Voraussetzungen für den Kostenabzug erfüllt werden.

Bei Nutzung des Arbeitszimmers durch mehrere Personen kann jeder Steuerpflichtige einzeln seine Aufwendungen gesondert steuerlich ansetzen oder auf die Pauschale zurückgreifen. Bei mehreren Tätigkeiten pro Steuerpflichtigem kann jedoch nur eine Pauschale geltend gemacht werden, die auf die verschiedenen Tätigkeiten aufzuteilen ist.

Des Weiteren kann auch ohne häusliches Arbeitszimmer für jeden Kalendertag, an dem betriebliche oder berufliche Tätigkeiten zu mehr als 50 % in der häuslichen Wohnung

ausgeübt werden, eine Homeoffice-Pauschale in Höhe von 6 € abgezogen werden, bis maximal 1.260,00 EUR (vorher 600,00 EUR).

Wachstumschancengesetz – Neuerungen im Regierungsentwurf

Bereits in der Ausgabe September berichteten wir über den Entwurf zum Wachstumschancengesetz. Am 30.08.2023 wurde der Regierungsentwurf verabschiedet. Die wichtigsten Neuerungen gegenüber dem Referentenentwurf sind hier im Folgenden zusammengefasst:

• **Sonderregelung der privaten Nutzung von Elektrofahrzeugen:** Die Regelungen für Elektrofahrzeuge im Rahmen der 1 %-Regelung und der Fahrtenbuchregelung werden angepasst. Die Bemessungsgrundlage beträgt weiterhin nur ein Viertel der Anschaffungskosten oder vergleichbarer Aufwendungen. Der Höchstbetrag für den Bruttolistenpreis des Fahrzeugs wird jedoch von 60.000,00 EUR auf 80.000,00 EUR erhöht. Diese Änderung gilt für Fahrzeuge, die nach dem 31.12.2023 angeschafft werden.

• **Befristete Wiedereinführung der degressiven AfA** in Höhe des 2,5fachen der linearen AfA (maximal 25 %) für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens zwischen dem 01.10.2023 und dem 31.12.2024.

• **Befristete Einführung einer degressiven AfA für Wohngebäude i. H. v. 6 %** – gilt für Gebäude, die entweder vom Steuerpflichtigen selbst hergestellt oder im Kalenderjahr der Fertigstellung gekauft wurden. Im Jahr der Herstellung oder Anschaffung erfolgt die Abschreibung zeitanteilig.

Bei Anschaffung besteht die Wahlmöglichkeit zwischen degressiver und linearer Abschreibung. Während der Nutzung der degressiven Abschreibung sind keine Absetzungen für außergewöhnliche Abnutzungen erlaubt. Ein Wechsel zur linearen Abschreibung ist möglich. Die Regelung gilt für Gebäude, deren Bau oder Kaufvertrag zwischen dem 01.10.2023 und dem 30.09.2029 abgeschlossen wird.

Kindergeld bei Studium außerhalb Europas

Mit Urteil vom 21.06.2023 hat der Bundesfinanzhof (BFH) wesentliche Klarstellungen zum Kindergeldanspruch bei einem Auslandsstudium vorgenommen. Im Fall beantragte eine Mutter Kindergeld für ihre Tochter, die ursprünglich nur ein Jahr in Australien studieren wollte. Später entschied sie sich jedoch, ihr Studium dort fortzusetzen.

Die Familienkasse stellte die Kindergeldzahlung ein und forderte bereits gezahltes Kindergeld zurück. Sie ging davon aus, dass die Tochter durch die Verlängerung des Studiums ihren Hauptwohnsitz von Deutschland nach Australien verlegt hatte.

Die Mutter klagte dagegen und argumentierte, dass ihre Tochter trotz des Studiums in Australien ihren Hauptwohnsitz in Deutschland beibehält, insbesondere da sie die elterliche Wohnung während der ausbildungsfreien Zeiten regelmäßig nutzte.

Das Niedersächsische Finanzgericht gab der Klage nur für einige Monate statt. Der BFH hingegen entschied zugunsten der Mutter und stellte fest, dass die Kindergeldfestsetzung erst zu einem späteren Zeitpunkt aufgehoben werden sollte.

Bei seiner Entscheidung zog der BFH verschiedene Kriterien heran, darunter die tatsächliche Nutzung der elterlichen Wohnung und die Dauer des Auslandsaufenthalts. Wesentlich für den Anspruch auf Kindergeld während eines Auslandsstudiums sind demnach folgende Punkte:

- Kindergeldanspruch besteht, wenn das Kind seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort in Deutschland, der EU oder dem EU-Wirtschaftsraum hat.
- Bei einem Auslandsstudium muss ein bewohnbarer Raum im Elternhaus vorhanden sein, der vom Kind regelmäßig genutzt wird.
- Bei bis zu einem Jahr Auslandsaufenthalt ändert ein fehlender Heimatbesuch den Kindergeldanspruch nicht.
- Bei längeren Auslandsaufenthalten müssen Kinder sich in ausbildungsfreien Zeiten überwiegend im Elternhaus aufhalten.
- Kurze Aufenthaltsunterbrechungen, z.B. für Krankenhausaufenthalte, sind irrelevant.
- Änderungen im Studienplan, die zu einem längeren Auslandsaufenthalt führen, beeinflussen den Kindergeldanspruch erst ab dem Entscheidungszeitpunkt zur Verlängerung.
- Der Kindergeldanspruch verfällt nicht rückwirkend, wenn die Heimatbesuche im Laufe des Studiums seltener werden.

Erhöhung der Schwellenwerte für Unternehmensgrößenklassen geplant

Ab dem 01.01.2024 plant die Europäische Kommission, die Schwellenwerte für die Einstufung der Unternehmensgrößenklassen um mindestens 20 % zu erhöhen. Dies betrifft natürlich auch viele Unternehmen in Bezug auf ihre Berichtspflichten.

Die neuen Schwellenwerte sollen für Geschäftsjahre gelten, die am oder nach dem 01.01.2024 beginnen. Das könnte insbesondere Unternehmen an der Schwelle zwischen „großen“ und „mittelgroßen“ Kapitalgesellschaften entlasten, da die ersteren ab 2025 eine Nachhaltigkeitsberichterstattung hinzufügen müssen.

Der entsprechende delegierte Rechtsakt ist im 4. Quartal 2023 anzunehmen. Folgend die geplant geänderten Schwellenwerte:

	Kleinst- unternehmen	kleine Unternehmen	mittelgroße Unternehmen	große Unternehmen
Bilanzsumme	bis 450.000,00 EUR	bis 7,5 Mio. EUR	bis 25 Mio. EUR	bis 25 Mio. EUR
Umsatzerlöse	bis 900.000 EUR	bis 15 Mio. EUR	bis 50 Mio. EUR	ab 50 Mio. EUR

Ermäßigter Steuersatz in der Gastronomie wird nicht verlängert

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wurde zum 01.07.2020 eine Senkung des Umsatzsteuersatzes für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen, mit Ausnahme der Abgabe von Getränken, von 19 % auf 7 % eingeführt. Diese Senkung wurde zuletzt bis Ende 2023 verlängert.

Eine dauerhafte Ermäßigung auf 7 % konnte im Bundestag am 21.09.2023 keine Mehrheit finden und wurde somit abgelehnt.

Anmerkung: Dies ist noch keine endgültige Entscheidung. Sobald hier eine Entscheidung getroffen wurde, werden wir berichten.

Umsatzsteuer für Gas und Fernwärme

Das Finanzministerium plant, den regulären Umsatzsteuersatz auf Erdgas früher als erwartet wieder einzuführen, nämlich zum Jahreswechsel statt im März 2024. Dies folgt nach einer temporären Steuersenkung aufgrund der hohen Gaspreise nach Russlands Angriff auf die Ukraine.

Grund für das vorzeitige Ende der Steuersenkung ist laut Bundesfinanzministerium, dass sich die Preise an den Gasmärkten bereits stabilisiert haben. Für Verbraucher bedeutet dies einen nicht unerheblichen Preisanstieg.

Nichtbeanstandungsregelung bei Betrieb kleiner Photovoltaikanlagen

Seit dem 01.01.2022 sind Photovoltaikanlagen bis 30 kWp (Kilowatt peak) ertragssteuerfrei. Ab dem 01.01.2023 wurde für die Lieferung und Installation solcher Anlagen zudem ein Nullsteuersatz eingeführt.

Betreiber von Photovoltaikanlagen sind grundsätzlich, auch im Falle einer Steuerbefreiung, zur Anzeige der Eröffnung eines gewerblichen Betriebs oder einer Betriebsstätte und zur Übermittlung eines Fragebogens zur steuerlichen Erfassung verpflichtet.

Die Einführung einer Nichtbeanstandungsregel durch die Finanzverwaltung sorgt nun dafür, dass die Anzeige und Übermittlung des Fragebogens zur steuerlichen Erfassung in bestimmten Fällen unterbleiben kann.

Dies betrifft insbesondere Steuerpflichtige, die Photovoltaikanlagen betreiben, die unter die neue Steuerbefreiung fallen. Ebenso betrifft es Unternehmer, deren Geschäft sich ausschließlich auf den Betrieb einer Photovoltaikanlage sowie möglicherweise auf eine steuerfreie Vermietung und Verpachtung beschränkt, und die die sogenannte Kleinunternehmerregelung anwenden. In Einzelfällen können die Finanzämter jedoch zur Übermittlung des Fragebogens gesondert auffordern.

Flugannullierung – Recht auf zeitlich flexible Umbuchung

Die Fluggastrechteverordnung (FluggastrechteVO) räumt dem Fluggast im Falle der Annullierung eines Fluges die Wahl ein zwischen einer vollständigen Erstattung der Flugscheinkosten oder einer anderweitigen Beförderung zum Endziel unter vergleichbaren Reisebedingungen zum frühestmöglichen oder

– vorbehaltlich verfügbarer Plätze – zu einem späteren Zeitpunkt. Einen Aufschlag hierfür dürfen die Fluggesellschaften nicht verlangen.

In einem vom Bundesgerichtshof (BGH) am 27.06.2023 entschiedenen Fall annullierte eine Fluggesellschaft Flüge wegen der Corona-Pandemie. Die Betroffenen wählten gemäß ihrer Rechte nach der FluggastrechteVO eine Ersatzbeförderung und wünschten eine Umbuchung zu einem späteren Zeitpunkt im Verlauf des Jahres bzw. im Folgejahr. Einen kostenlosen Ersatzflug ohne unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang zur ursprünglichen Reiseplanung lehnte die Fluggesellschaft jedoch ab.

Zu Unrecht, wie der BGH entschied. Das Recht auf eine anderweitige Beförderung zu einem späteren Zeitpunkt nach der FluggastrechteVO setzt nicht voraus, dass die gewünschte Ersatzbeförderung in zeitlichem Zusammenhang mit dem ursprünglich vorgesehenen Flug steht. Die BGH-Richter führten weiter aus, dass ein Anspruch auf anderweitige Beförderung zu einem vom Fluggast gewählten Zeitpunkt auch nicht als unzumutbare Belastung angesehen werden kann, wenn das Luftfahrtunternehmen die Plätze auf dem betreffenden Flug wegen saisonaler oder sonstiger Besonderheiten zu einem höheren Preis anbieten möchte.

Eigene Informationspflicht des Reisenden über typische Wetterbedingungen

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main (OLG) hat mit einem Beschluss klargestellt, dass ein Reisender sich grundsätzlich selbst über allgemein zugängliche Quellen über die klimatischen Bedingungen des Reiseziels informieren kann und muss. Den Reiseveranstalter trifft keine Aufklärungspflicht.

In dem Fall aus der Praxis hatte eine Frau für sich und ihren Partner eine exklusive Ecuador-Privatrundreise für Mitte bis Ende Dezember 2021 für rund 18.000,00 EUR gebucht. Wegen zahlreicher behaupteter Mängel, u.a. witterungsbedingter Beeinträchtigungen, eines ausgefallenen Ausflugs und Lärmbelästigungen, verlangte sie nun Minderung des Reisepreises in Höhe von gut 6.000,00 EUR vom Reiseveranstalter.

Der Veranstalter einer Reise haftet grundsätzlich nicht für „die im Zielgebiet herrschenden Wetterverhältnisse und klimatischen Gegebenheiten“, so die OLG-Richter. Er war auch nicht verpflichtet, die Urlauberin vor Abschluss des Reisevertrags über die im Reisemonat Dezember in Ecuador üblicherweise zu erwartenden Witterungsbeeinträchtigungen aufzuklären und auf Regenzeiten hinzuweisen. Eine gesteigerte Informationspflicht besteht nur hinsichtlich der Umstände, bei denen der Reisende über ein Informationsdefizit verfügt. Das war hier nicht der Fall.

Verkehrssicherung bei erkennbaren Unebenheiten im Außenbereich der Terrasse einer Gaststätte

Bei erkennbaren Unebenheiten im Außenbereich der Terrasse einer Gaststätte handelt sich nicht um eine Verletzung der Verkehrssicherungspflicht. Der Besucher einer im Außenbereich einer Gaststätte liegenden Terrasse, deren Belag einen rustikalen, mediterranen Eindruck vermittelt, kann nicht mit einer vollständig ebenen Fläche rechnen. Der Gastwirt ist nicht verpflichtet, einen gänzlich gefahrfreien Zustand der Terrasse herzustellen. Gäste müssten ihren Gang den erkennbaren Bedingungen der Örtlichkeiten

anpassen. Zu dieser Entscheidung kamen die Richter des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main.

Umkleide-, Reinigungs- und Wegezeiten als Arbeitszeit

Umkleide- und die Reinigungszeiten, aber auch die innerbetrieblichen Wegezeiten sind als „Arbeitszeit“ zu werten und daher zu vergüten, wenn diese als „fremdnützig“ zu bewerten sind. Sie also auf Anweisung und im Interesse des Arbeitgebers erfolgen.

Die gesetzliche Vergütungspflicht des Arbeitgebers knüpft an die Leistung weisungsgebundener Arbeit an. Zur Arbeitsleistung zählt nicht nur die eigentliche Tätigkeit, sondern jede vom Arbeitgeber verlangte sonstige Tätigkeit oder Maßnahme, die mit der eigentlichen Tätigkeit oder der Art und Weise ihrer Erbringung unmittelbar zusammenhängt. Hierzu gehört auch das vom Arbeitgeber angeordnete **Umkleiden im Betrieb**. In einem solchen Fall macht der Arbeitgeber mit seiner Weisung das Umkleiden und das Zurücklegen des Weges von der Umkleide- zur Arbeitsstelle zur arbeitsvertraglichen Verpflichtung. Die Notwendigkeit des An- und Ablegens der Dienstkleidung und der damit verbundene Zeitaufwand des Arbeitnehmers beruhen auf der Anweisung des Arbeitgebers zum Tragen der Dienstkleidung während der Arbeitszeit. Daher schuldet der Arbeitgeber Vergütung für die durch den Arbeitnehmer hierfür im Betrieb aufgewendete Zeit.

Ob **Körperreinigungszeiten** auch als Arbeitszeit anzusehen sind, ist höchstrichterlich bisher noch nicht geklärt. Im Sinne der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu den Umkleidezeiten kommt es darauf an, ob die Zeit zum – ggf. auch nur teilweisen – Reinigen des Körpers überwiegend oder ausschließlich fremdnützig ist und nicht nur dazu dient, dass der Arbeitnehmer sauber nach Hause kommt. Die Fremdnützigkeit ist zu verneinen, wenn es um Körperreinigungszeit geht, die üblicherweise im Privatleben dazu dient, die übliche Entwicklung von Verunreinigung, Schweiß und Körpergeruch im Laufe eines Tages zu beseitigen. Sie ist dagegen zu bejahen, wenn es um Körperreinigungszeit geht, die aufgewendet werden muss, weil die Verunreinigung des Körpers deutlich über das Maß hinausgeht, das üblicherweise im Privatleben anfällt.

Innerbetriebliche Wegezeit von der Umkleide zum Arbeitsplatz zu Beginn der Arbeit und zurück nach der Arbeit ist vergütungspflichtige Arbeitszeit, wenn der Arbeitgeber das Umkleiden nicht am Arbeitsplatz ermöglicht, sondern dafür eine vom Arbeitsplatz getrennte Umkleidestelle einrichtet, die der Arbeitnehmer zwingend benutzen muss.

Anmerkung: Gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts Nürnberg wurde Revision beim Bundesarbeitsgericht eingelegt.

Kündigung wegen privatem Tanken – Verstoß gegen Dienstwagenrichtlinie

Die private Nutzung einer Tankkarte entgegen den Regelungen einer Dienstwagenrichtlinie kann eine außerordentliche Kündigung ohne vorherige Abmahnung rechtfertigen.

Dieser Entscheidung des Landesarbeitsgerichts v. 29.03.2023 lag der nachfolgende Sachverhalt zugrunde: Einem Vertriebsmitarbeiter wurde von seinem Arbeitgeber ein Dienstwagen für Kundenbesuche zur Verfügung gestellt, den er auch privat nutzen durfte. Entsprechend der Dienstkartenrichtlinie trug der Arbeitgeber u.a. die Leasingkosten, die

Versicherung und die laufenden Betriebskosten (Kraftstoff, Öl). Der Arbeitgeber händigte dem Mitarbeiter zum Betanken des Dienstwagens Tankkarten aus. Neben seinem Dienstwagen betankte der Beschäftigte aber auch seine privaten Fahrzeuge. Daraufhin kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis außerordentlich. Der Beschäftigte hielt die Kündigung dagegen für unwirksam. Vor Gericht hatte er jedoch keinen Erfolg.

Stellung eines Nachmieters – trotzdem kein Recht auf vorzeitige Mietvertragskündigung

Viele Mietverträge beinhalten Kündigungsausschlüsse oder es handelt sich bei dem Mietvertrag um einen Zeitmietvertrag. Im Laufe des Mietverhältnisses können sich jedoch Gründe ergeben, warum ein Mieter vorzeitig aus seiner Wohnung ausziehen (z.B. Veränderung der Lebensumstände) und die gesetzliche Kündigungsfrist oder eine vereinbarte Mietzeit nicht einhalten möchte. Auf die Einhaltung der Kündigungsfristen kann der Vermieter in der Regel allerdings bestehen. Einen Rechtsanspruch auf die vorzeitige Beendigung des Mietvertrags bei der Stellung eines Nachmieters haben Mieter nicht – außer es ist im Mietvertrag vereinbart. Grundsätzlich darf sich der Vermieter seinen neuen Mieter und damit neuen Vertragspartner selbst aussuchen.

Gesetzlich ist die Kündigung spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf des übernächsten Monats zulässig. Vor Ablauf dieser Kündigungsfrist muss sich der Vermieter keinen anderen Mieter suchen und hat somit einen Anspruch auf die Mietzahlungen des „alten“ Mieters bis zum Ende der Mietzeit.

Untervermietung einer Einzimmerwohnung

Entsteht für den Mieter nach Abschluss des Mietvertrags ein berechtigtes Interesse, einen Teil des Wohnraums einem Dritten zum Gebrauch zu überlassen (Untervermietung), so kann er von dem Vermieter die Erlaubnis hierzu verlangen. Dies gilt nicht, wenn in der Person des Dritten ein wichtiger Grund vorliegt, der Wohnraum übermäßig belegt würde oder dem Vermieter die Überlassung aus sonstigen Gründen nicht zugemutet werden kann.

Der Bundesgerichtshof hatte in der Vergangenheit bereits zu Wohnungen mit mehreren Zimmern entschieden, dass die o.g. Vorschrift weder quantitative Vorgaben hinsichtlich des beim Mieter verbleibenden Anteils des Wohnraums noch qualitative Anforderungen an die weitere Nutzung durch den Mieter aufstellt. Von einer Überlassung eines Teils des Wohnraums an einen Dritten ist daher regelmäßig bereits dann auszugehen, wenn der Mieter die Kontrolle an dem Wohnraum nicht vollständig aufgibt.

Danach kann ein Anspruch des Mieters gegen den Vermieter auf Gestattung der Gebrauchsüberlassung an einen Dritten grundsätzlich auch bei einer Einzimmerwohnung gegeben sein.

Vergütung für Nutzung gemeinsamer Immobilie während Trennung

Leben die Ehegatten voneinander getrennt oder will einer von ihnen getrennt leben, so kann ein Ehegatte verlangen, dass ihm der andere die Ehwohnung oder einen Teil zur alleinigen Benutzung überlässt, soweit dies auch unter Berücksichtigung der Belange des anderen Ehegatten notwendig ist, um eine unangemessene Härte zu vermeiden. Vom nutzungsberechtigten Ehegatten kann der andere Ehegatte eine Vergütung für die

Nutzung verlangen. Diese muss allerdings fair und angemessen sein, also der Billigkeit entsprechen.

Bei der Bemessung der Nutzungsvergütung sind im Rahmen der Billigkeitsprüfung alle Gesamtumstände des Einzelfalls maßgeblich. Die Billigkeitsabwägung ist nicht nach streng rechnerischen Maßstäben vorzunehmen, sondern es ist eine wertende Betrachtung und Gewichtung der einzelnen Umstände geboten, entschieden die Richter des Oberlandesgerichts Stuttgart am 13.07.2023.

Grundsätzlich entspricht es jedenfalls nach Ablauf des Trennungsjahres der Billigkeit, wenn der in der im gemeinsamen Eigentum der Ehegatten stehenden Ehwohnung verbleibende Ehegatte eine Nutzungsvergütung in Höhe der Hälfte des objektiven Mietwertes der Immobilie bezahlt. Weitere Billigkeitskriterien, wie insbesondere die Leistungsfähigkeit des in der Wohnung verbliebenen Ehegatten und die Einkommensverhältnisse des anderen Ehegatten, können die zu leistende Nutzungsentschädigung mindern oder ganz entfallen lassen.

Kein Verlust der Testierfähigkeit bei Parkinsonerkrankung

In einem vom Kammergericht Berlin am 09.05.2023 entschiedenen Fall verfasste ein Ehepaar 1998 ein gemeinschaftliches Testament. Sie setzten sich gegenseitig als Alleinerben und eine Nichte der Ehefrau als Schlusserbin ein. 2015 erkrankte der Mann an Parkinson und 2019 verstarb die Ehefrau.

Auf der Rückseite eines Ausdrucks des Speiseplans eines Cafés verfasste er 2020 ein eigenhändiges Testament zugunsten seines Nachbarn. Nachdem der Mann kurz danach verstarb, beantragte der Nachbar die Erteilung eines Erbscheins. Die Nichte erklärte die Anfechtung des letzten Testaments und stellte neben der Echtheit des Testaments auch die Geschäftsfähigkeit des Erblassers bei der Testamentserstellung in Frage.

Das Gesetz schreibt zur Errichtung eines eigenhändigen Testaments nicht die Verwendung eines bestimmten Schrifträgers vor. Für die Ermittlung des Testierwillens bei Verwendung eines solchen Schrifträgers ist nicht die Wahl des Schreibmaterials maßgeblich, sondern die Frage, ob sich das Papier zur Fixierung der Schriftzüge eignet und nicht etwa aus der Wahl des Schreibmaterials erkennbar wird, dass der Erblasser seine Verfügung ernstlich gar nicht hat treffen wollen.

Daran bestand aber hier kein durchgreifender Zweifel, weil das Dokument mit „Mein Testament“ überschrieben, mit dem vollen Namen und Geburtsdatum des Erblassers sowie des Begünstigten in einem für Testamente üblichen Wortlaut geschrieben, mit Ort und Datum versehen und von dem Erblasser unterschrieben war. Ferner geht mit einer Parkinson-Erkrankung nicht automatisch eine Einschränkung der freien Willensbestimmung einher. Diese kann nur dann angenommen werden, wenn sie sich aufgrund der konkret feststellbaren Symptomatik im Verhalten des Erblassers manifestiert hätte. Das war hier nicht der Fall, sodass das Testament von 2020 gültig war.

Kurz berichtet

Bürokratieentlastungsgesetz: Das von der Bundesregierung geplante Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) sieht aktuell neben vielen anderen Maßnahmen auch eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen von Belegen von 10 auf 8 Jahre vor.

Unternehmen würde dadurch eine erhebliche Entlastung im Verwaltungsbereich zugute kommen. Geplant ist eine zeitnahe Vorlage des Referentenentwurfs, über den wir Sie auf dem Laufenden halten.

Fälligkeitstermine

Fällig am

Umsatzsteuer (mtl.), Lohn- u. Kirchenlohnsteuer, Soli-Zuschlag (mtl.)	10.11.2023
--	------------

Gewerbesteuer, Grundsteuer	15.11.2023
----------------------------	------------

Sozialversicherungsbeiträge	28.11.2023
-----------------------------	------------

Basiszinssatz

Seit 01.07.2023 = -3,12 %

nach § 247 Abs. 1 BGB maßgeblich für die
Berechnung von Verzugszinsen

01.01. - 30.06.2023 = 1,62 %

01.07.2016 - 31.12.2022 = - 0,88 %

01.01.2015 – 30.06.2016 = - 0,83
%

Ältere Basiszinssätze finden Sie im Internet unter: [http://www.bundesbank.de/
Basiszinssatz](http://www.bundesbank.de/Basiszinssatz)

Verzugszinssatz ab 01.01.2002:

ab 01.01.2020 (§ 288 BGB)

Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern:	Basiszinssatz + 5 Prozentpunkte
-----------------------------------	---------------------------------

Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern (abgeschlossen bis 28.7.2014):	Basiszinssatz + 8 Prozentpunkte
---	---------------------------------

(abgeschlossen ab 29.7.2014):	Basiszinssatz + 9 Prozentpunkte zzgl. 40,00 EUR Pauschale
-------------------------------	--

Verbraucherpreisindex*

2023	September	117,8
	August	117,5
	Juli	117,1
	Juni	116,8
	Mai	116,5
	April	116,6
	März	116,1
	Februar	115,2
	Januar	114,3
2022	Dezember	113,2
	November	113,7
	Oktober	113,5
* (2015= 100)		

Ältere Verbraucherpreisindizes finden Sie im Internet unter:

<https://www.destatis.de> - Konjunkturindikatoren - Verbraucherpreisindex

Alle Beiträge sind nach bestem Wissen zusammengestellt. Eine Haftung für deren Inhalt kann jedoch nicht übernommen werden. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.